Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin schon man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: { Schriftleitung: Amt Lützow 3394 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 3346

Postscheckkonto: Berlin 25432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigenbüros zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die dreigespaltene Markenzeile entgegen. Zuschriften für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 148. [56. Jahrgang.] Donnerstag den 31. Mai 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 148.

Berlin, den 30. Mai.

Der Krieg.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 30. Mai 1917, abends. (W. T. B.) Nichts Besonderes.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 30. Mai 1917. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die lebhaftere Gefechtstätigkeit hält namentlich in Ostgalizien an.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Isonzo verlief der gestrige Tag verhältnismäßig ruhiger. Gegen Abend versuchten die Italiener neuerlich bei Vodice mit starken Kräften durchzudringen. Der Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Ein gleiches Geschick fanden heute früh bei Zamiano angesetzte italienische Vorstöße. In Kärnten und an der Tiroler Front nichts von Belang.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Berat wurden italienische Erkundungsversuche vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Kriegsschiffsverluste der Entente.

Berlin, 30. Mai. Von Kriegsbeginn bis zum 31. Mai 1917 sind an Kriegsfahrzeugen der Entente, ausschließlich Hilfskreuzer, insgesamt vernichtet worden: 252 Schiffe und Fahrzeuge von 800 765 To. Wasserverdrängung. Unter diesen 252 Schiffen und Fahrzeugen befanden sich allein 155 englische von zusammen 631 700 To. Wasserverdrängung. Diese setzen sich zusammen aus: 12 Linienschiffen, 17 Schlacht- und Panzerkreuzern, 28 geschützten Kreuzern, 67 Torpedobooten, 28 Unterseebooten und 13 sonstigen Kriegsfahrzeugen, wie zum Beispiel Unterseebootsjägern der „Arabis"-Klasse. Außer den vorgenannten Kriegsschiffsverlusten hat die Entente bis zum 31. Mai nicht weniger als 200 000 Br.-Reg.-To. an Hilfskreuzern, welche in ganz überwiegender Zahl der englischen Flagge angehörten, durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte eingebüßt.

Untergegangene Schiffe.

Rotterdam, 30. Mai. „Maasbode" verzeichnet den Untergang folgender Schiffe: „Therese" (208 Br.-Reg.-To.) aus Norrköping, „Erik" (257 Br.-Reg.-To.) aus Stavanger, „Gran Norman" (297 Br.-Reg.-To.) aus Christiania, „Pauline Kjell" und „Nann Smith" (2003 Br.-Reg.-To.) aus Drammen.

Zum Jahrestage der Seeschlacht vor dem Skagerrak.

Berlin, 31. Mai. Anläßlich des Jahrestages der Seeschlacht vor dem Skagerrak mag daran erinnert werden, daß die Engländer in der, vor dem 31. Mai 1916, größten aller Seeschlachten, der von Trafalgar, nur insgesamt 449 Tote hatten, daß bei Skagerrak dagegen 6104 englische Offiziere und Mannschaften ihr Leben einbüßten. Die Verluste der Spanier und Franzosen bei Trafalgar betrugen 1622 Tote, die der deutschen Hochseeflotte bei Skagerrak dagegen 2414.

Die große Bedeutung der Schlacht am Skagerrak.

Wie das englische Volk in Wirklichkeit über die Skagerrakschlacht denkt, erfährt man ganz nebenher aus einem im (verbandsfreundlichen) „Heraldo de Madrid" vom 5. Mai veröffentlichten Bericht des Londoner Berichterstatters Louis Bonafoux über die Umwandlung des Parks des Lords Holland in Kartoffelfelder. Die Engländer — so läßt Bonafoux einen englischen Freund sagen — graben und säen für viele Jahre — für viele Kriegsjahre. Bis vor kurzem schienen sie indifferent zu sein und hielten den Krieg für irgend einen Kolonialkrieg. Aber die Schlacht von Jütland war wie eine Erschütterung des britischen Stolzes und Interesses, und lange vor Carsons Erklärung war jeder Engländer davon überzeugt, daß England in dieser blutigen Partie um sein Leben spielt.

Die Wirkung der Seesperre auf den Schiffsmarkt.

Berlin, 30. Mai. Die englische Reedereizeitschrift „Fairplay" vom 10. Mai weiß zu erzählen, daß „Dampfer, die außerhalb Englands gebaut werden, zu Preisen verkauft werden, die vor 3 bis 4 Monaten noch als unsinnig gegolten haben würden." Der Rekordpreis von 1000 ℳ pro Tonne sei schon wieder übertroffen worden, da letztihin für einen amerikanischen Dampfer von 10 000 t 1200 ℳ pro Tonne bezahlt worden seien. Das Blatt knüpft an diese Beachtung die beachtenswerte Bemerkung, daß sowohl in Japan wie in den Vereinigten Staaten von Amerika die Schiffsbauer mit dem Verkaufe der Schiffe zurückhielten, da sie noch ein weiteres Steigen der Preise für die nächste Zeit erwarteten. „Ein Schiffseigentümer", so schreibt das Blatt, „hoffte 800 ℳ pro Tonne für sein im nächsten Februar abzuliefernides Schiff zu erhalten, aber im Hinblick auf die enorme Nachfrage, die seiner Ansicht nach auf Grund der Versenkungen zu erwarten ist, hat er sein Schiff vom Markt zurückgezogen und hofft 1200 ℳ pro Tonne zu erhalten. Man stelle sich einen Schiffseigentümer oder Schiffsbauer vor, der seinen Dampfer zurückhält, weil er hofft, in 6 bis 12 Monaten eine weitere Steigerung von 400 ℳ pro Tonne Ladefähigkeit zu erhalten!"

Aus diesen Ausführungen kann man ersehen, wie wenig die englischen und amerikanischen Fachkreise auf einen Ausgleich der Versenkungsverluste durch Neubauten rechnen. Denn wenn die grosmäuligen Reden über die enorme Steigerung der Leistungsfähigkeit der amerikanischen Schiffswerften und die gesteigerte Produktion der englischen Werften von den Fachleuten als glaubhaft angesehen wären, so müßten sie hieraus die Folgerung ziehen, daß eine weitere Steigerung der Schiffspreise nicht zu erwarten sei. Demgegenüber aber erwarten jene Kreise, wie man aus den Angaben des „Fairplay" deutlich ersieht, eine weitere enorme Steigerung der Knappheit an Schiffsraum und damit der Schiffspreise, weil sie sich über die Tragweite der Versenkungen durch deutsche U-Boote völlig klar sind. Die Preise, welche von England und anderen Ländern für Handelsschiffe bezahlt werden, bilden einen der vielen Gradmesser, an denen man die Wirkung der Seesperre konstatieren kann, und daß diese Preise sich in den letzten 3 bis 4 Monaten in der angegebenen scharfen Steigerung nach oben befinden, ist der beste Beweis für die durchschlagende Wirkung des U-Bootkrieges auf die Versorgung Englands mit Frachtraum.

Von der Westfront.

Berlin, 30. Mai. An der Arrasfront war das Störungsfeuer nur an einzelnen Abschnitten wie bei Avion und Roeux lebhafter. Mehrfach wurden englische Patrouillen abgewiesen. Ebenso scheiterte der Vorstoß einer starken englischen Abteilung, die nach kräftiger Artillerievorbereitung gegen die Kiesgrube nordwestlich Hulluch vorging, verlustreich im deutschen Abwehrfeuer und Handgranatenkampf.

An der Aisnefront nur gegenseitiges Störungsfeuer durch Artillerie und Minenwerfer und Patrouillenkämpfe. Ein französischer Angriffsversuch von mehreren Sturmwellen in Bataillonsbreite in der Gegend von Craonne am 29. Mai abends brach unter blutigen französischen Verlusten zusammen. Das feindliche Feuer steigerte sich gegen Abend in der Gegend des Winterberges.

Im Höhengelände der Champagne nahm ebenfalls gegen Abend die Artillerietätigkeit zu. Das feindliche Störungsfeuer schlug bis weit ins Hintergelände unserer Stellungen. Unsere Batterien antworteten kräftig und mit Erfolg.

An der Ostfront gesteigerte feindliche Flugtätigkeit. Als Vergeltung für feindliche Bombenabwürfe wurde ein Munitionslager bei Podhaice mit Bomben belegt. Lebhafteres feindliches, von uns beantwortetes Artilleriestörungsfeuer am Smotrez und Mestecanestiabschnitt. Nachts wurde südlich der Bistritz eine 40 Mann starke vorgehende feindliche Patrouille durch eigene Patrouillen versprengt und nördlich der Valeputnastraße ein feindlicher Handgranatenangriff gegen eine Feldwache abgewiesen.

Französische Briefe von der Front.

Berlin, 30. Mai. Ein von den Deutschen an der Aisnefront erbeuteter französischer Brief vom 10. Mai lautet:

„Wir müssen hier ganz Uebermenschliches leisten! Wenn nur die Leute, die in Paris den Krieg machen, hier im Graben sein müßten, oder wenigstens erführen, welchen ungeheuren Leiden der immer wieder werdende Krieg uns auferlegt, so wäre viele Diplomatie gerettet. Der Krieg ist heute so sinnlos, niemals haben wir so gelitten, wie jetzt. Warum läßt sich das Volk daheim so dumm machen, daß wir hier draußen mit den Engländern einem Wahnsinn ohne Grenzen weiter nachgehen müssen? Vielleicht war es der größte Fehler, daß man sich immer wieder Mut einredete und dadurch in das schlimmste und fürchterlichste Unglück geriet, das Europa je gekannt hat. Und dabei wagen sie immer noch weitere kriegshetzerische Reden zu halten, diese Bande von reaktionären Raubern, die an allen Verbrechen und Leiden schuld sind. Das einzige, was Ihr tun könnt, ist, Gott zu bitten, daß er diesem Elend ein Ende macht. Unser armes Land würde gut daran tun, sich endlich auf sich selbst zu besinnen, um Frankreich zu bleiben und nicht englisch, amerikanisch oder russisch zu werden."

Berlin, 30. Mai. Weitere Feststellungen bestätigen die ungeheuren Verluste der Franzosen bei ihrer Offensive. So schreibt ein Mann des 82. Infanterieregiments am 22. April:

„Unsere Verluste sind ganz enorm. Mein Regiment hat noch nicht einmal zu meistern gelitten, und doch ist von meiner Kompagnie nur die Hälfte zurückgekommen. Der allem sind viele Offiziere gefallen." Aus Varbies heißt es am 28. April, daß nicht weniger als 57 Tage mit Verwundeten dort angemeldet seien. Ein Mann des 35. Infanterieregiments schreibt am 21. April: „Die Verluste in den Kämpfen südlich Cerny waren ganz ungeheuer groß, wir sind ungefähr mit einem Fünftel unserer Stärke aus dem Blutbade herausgekommen."

Die Türkei im Kriege.

Versenkung russischer Minenleger.

Konstantinopel, 30. Mai. (Agentur Milli.) In der Nacht zum 26. und 27. Mai sind zwei russische Minenleger vor dem Eingang zum Bosporus versenkt worden. Die Leichen eines Offiziers und dreier Soldaten, die wir bergen konnten, sind im Park der russischen Botschaft in Buijukdere mit militärischen Ehren begraben worden.

Freies Geleit für norwegische Schiffe.

Christiania, 29. Mai. „Aftenposten" und „Sjöfartstidende" teilen mit, die deutsche Regierung wolle den norwegischen Schiffen, die am 1. Juli England nach Norwegen verlassen können, freies Geleit anbieten. „Aftenposten" fügt hinzu, das Angebot sei im wesentlichen übereinstimmend mit dem Angebot von Ende April, das die Schiffe wegen der Kürze der Frist nicht hätten benutzen können, und sei ohne Bedingungen gemacht worden.

Die Entente und Griechenland.

Bern, 30. Mai. Ein Salonifier Mitarbeiter des „Secolo" meldet: Zaimis habe sofort nach seinem Amtsantritt die in Athen weilenden Ententeminister aufgesucht, um die Absicht zu bekunden, zwischen König Konstantin und Venizelos einen Ausgleich herzustellen. Die venizelistischen Soldaten sowie die Anhänger Venizelos erklären, daß sie beim Gelingen dieses Planes ihren Führer verlassen würden. Die in Saloniki erscheinenden Zeitungen verlangen gegenwärtig die Besetzung Thessaliens, der Kornkammer Griechenlands.

Brasilien und Deutschland.

Rio de Janeiro, 29. Mai. (Agence Havas.) Der Bericht des diplomatischen Ausschusses der Kammer über die Botschaft des Präsidenten betreffend die Torpedierung des Dampfers „Tijuca" weist auf die Gefahr hin, die die nationale Handelsmarine und der auswärtige Handel Brasiliens laufen, ebenso auf die Notwendigkeit von Verteidigungsmaßnahmen gegen eine Angriffshandlung Deutschlands. Der Ausschußbericht schließt mit der Einbringung des nachstehenden Gesetzentwurfes: Der Kongreß bevollmächtigt die Ausführende Macht

1) die in den brasilianischen Häfen vor Anker liegenden deutschen Handelsschiffe zu benutzen,

2) von sich aus Maßnahmen zu treffen, um die auswärtige brasilianische Schiffahrt zu verteidigen,

3) sich mit den alliierten Staaten über Maßnahmen zu verständigen, die die Freiheit des Ein- und Ausfuhrhandels sichern sollen, und zu diesem Zweck die Neutralitätserklärung zu widerrufen, sobald es ihr dienlich erscheint.

Rio de Janeiro, 30. Mai. (Reuter.) Die Kammer hat den Gesetzentwurf angenommen, durch den die Neutralität im deutsch-amerikanischen Kriege aufgegeben, die Verwendung der deutschen Schiffe, die in brasilianischen Häfen liegen, gestattet, und die Regierung ermächtigt wird, Maßnahmen zur Verteidigung der Schiffahrt und zur Widerrufung der Beschlüsse betreffend die Neutralität im Kriege zwischen der Entente und den Mittelmächten zu treffen.

Die Lage in Rußland.

Kopenhagen, 30. Mai. „Berlingske Tidende" meldet aus Stockholm: In Finnland kamen in der letzten Zeit bedeutende russische Truppenmassen an. Die Garnison Wasa ist durch 2000 Mann verstärkt worden, die Garnison Kem durch 3000 Mann. Die Truppenentsendungen werden mit den finnischen Freiheitsbestrebungen in Verbindung gebracht. Es verlautet, Kerenski habe bei seinem Besuch in Finnland von geheimen Zusammenkünften in Helsingfors zwischen finnischen, ukrainischen und litauischen Vertretern erfahren, die die Unabhängigkeitserklärung erörtert hätten. Auch nach Litauen und nach der Ukraine soll die Entsendung russischer Truppen bevorstehen.

Stockholm, 30. Mai. „Socialdemokraten" erfährt aus Petersburg, daß der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates Stockholm für einen geeigneten Platz für die Zusammenkunft hält, die der Arbeiter- und Soldatenrat einberufen will. Gleichzeitig werden Vorschläge über den geeigneten Zeitpunkt zur Einberufung gemacht.

Wien, 29. Mai. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hat folgende Kundgebung veröffentlicht:

„Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten entbietet dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat als Pionier der Weltfreiheit und der universellen Demokratie seine Grüße und erklärt seine völlige Uebereinstimmung mit ihm in diesem doppelten Ziele. Der Klub ist entschlossen, auch auf dem Boden des Parlaments mit aller Entschiedenheit für einen raschen Friedensschluß ohne Annexionen und Entschädigungen zu wirken."

Die Arbeiterunruhen in England.

Bern, 30. Mai. Die Frage der englischen Arbeiterunruhen wurde im Unterhause am 25. Mai erneut erörtert. Asquith führte aus, die Unruhen gäben Anlaß zu ernsten Besorgnissen, nicht nur, weil sie die Herstellung des dringend notwendigen Kriegsmaterials verzögerten, sondern auch weil sie beständig weiterwachsende Schwierigkeiten in den Beziehungen der Arbeiterschaft sowohl zu den Arbeitgebern als zum Staat und innerhalb der Arbeiterorganisationen selbst heraufziehen ließen.

Es sei daher von höchster Wichtigkeit, daß man einen Einblick in die Natur der treibenden Kräfte erhalte. Er vermöge am politischen Horizont nichts zu entdecken, was ernster wäre als die Unzufriedenheit der Arbeiter.

Lloyd George gab zu, daß die Frage der Unzufriedenheit der Arbeiter der Regierung große Sorge bereite. Die Regierung habe daher beschlossen, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die die Gründe der Unzufriedenheit, insbesondere hinsichtlich etwaiger Mängel in der Kriegsgesetzgebung, namentlich unter den Maschinisten und Werftarbeitern, ermitteln und Reformvorschläge machen solle. Das Land werde zu diesem Zweck in sieben Bezirke eingeteilt werden; in jedem dieser Bezirke würden die Ermittlungen gleichzeitig durch Untersuchungsausschüsse stattfinden, bestehend aus je einem Vertreter der Arbeiterschaft und der Arbeitgeber mit einem unparteiischen Vorsitzenden.

Die Erörterung der Versorgungsfrage in der französischen Kammer.

Paris, 29. Mai. (Agence Havas.) Die Kammer nahm die Erörterung der Versorgungsfrage wieder auf. Der Minister Violette erklärte zur Frage der Kohlenversorgung:

„Der Staat allein muß die Kohle verteilen, da Beschränkungen auferlegt werden müssen. Es sind drei Verbraucherklassen zu berücksichtigen, erstens Hausbedarf und Industrie. Diese werden von den Präfekturen versorgt werden. Zweitens Kriegswerkstätten, deren Versorgung das Unterstaatssekretariat für Munition übernehmen wird. Drittens die Armee, deren Versorgung durch die Intendantur erfolgt. Die Verteilung von 3 300 000 t monatlich wird demnächst in den verschiedenen Mittelpunkten erfolgen."

Zur Frage der Seetransporte führte Minister Violette aus:

„England hat einen größeren Transport zugesichert, man muß mit ihm die politische Zusammenarbeit ausgestalten und unsere Gesetzgebung in Einklang mit derjenigen Englands bringen behufs Ausschaltung der Spekulation und bezüglich der Mietung und des Ankaufs von Schiffen."

Violette kündigte einen Gesetzentwurf hinsichtlich der Unterdrückung der Spekulation in Lebensmitteln noch für diese Woche an. Er habe bereits scharfe Maßnahmen zur Unterdrückung der Spekulation in Getreide, Kaffee, Oel und Käse getroffen und sei auch mit Persönlichkeiten des Pariser Handels in Verbindung getreten, um den Handel zu organisieren und die Genossenschaften zur Mitarbeit aufzufordern. Auch sollten städtische Verkaufshallen errichtet werden.

Der Minister schloß:

„Ich habe vor dem Lande die Wahrheit darlegen wollen. Man muß der Lage mit Mut ins Auge sehen und besonders mit dem Willen, zu siegen." — Die Erörterung des Unterseebootskrieges, die vorher bereits auf Mittwoch verschoben war, wurde neuerdings auf Donnerstag verschoben.

Cecil und Asquith über Englands Kriegsziele.

Im englischen Unterhause wurde am 16. Mai über einen Antrag des bekannten Arbeiterführers Snowden verhandelt, in dem verlangt war, „daß das Unterhaus die Erklärung der neuen demokratischen Regierung Rußlands begrüße, in der alle Pläne imperialistischer Eroberung und Vergrößerung abgelehnt werden, und daß das Unterhaus Seiner Majestät Regierung ersucht, ihrerseits eine ähnliche Erklärung im Namen der britischen Demokratie abzugeben und sich den Verbündeten anzuschließen, indem sie neue Kriegsziele der Entente in Uebereinstimmung mit der russischen Erklärung aufstelle".

Die britische Regierung war in einer äußerst peinlichen Lage. Wenn sie die klar gestellte Frage klar beantwortete, mußte sie entweder ihre eigene Politik verleugnen oder die der Vorläufigen russischen Regierung in bindender Weise ablehnen. Letzteres aber würde, wie Lord Robert Cecil ängstlich zugab, in Rußland „falls es dort bekannt würde, einige Schwierigkeiten verursachen". Bekannte sich die britische Regierung offen zu jenen imperialistischen Kriegszielen, so wurden überdies ihre großen Worte vom Kampfe der Demokratie und der Gerechtigkeit gegen die Eroberungssucht und die Autokratie des preußischen Militarismus als unhaltbar erwiesen. Die britische Regierung entschloß sich deshalb, einer klaren Stellungnahme aus dem Wege zu gehen. Zwar lehnte das Unterhaus auf ihren Wunsch den Antrag ab. Aber sowohl die Regierung durch den Mund Lord Robert Cecils wie der übrige Teil des Hauses in einer Rede Asquiths bemühteden diese Ablehnung damit, daß der Sinn des Antrages unklar sei und zu Mißdeutungen Anlaß geben könne. Um dies aber nachzuweisen, bemühten sich Regierung wie der größte Teil des Hauses, den an sich wirklich klaren Sinn des Antrages nach Möglichkeit zu verwirren.

Lord Robert Cecil tat dies, indem er die ganze Erörterung in das Gefühlsmäßige hinüberspielte. Er bekannte nicht klar Farbe, sondern er fragte das Haus, ob es etwa wünsche, daß die Araber wieder der türkischen Mißherrschaft ausgeliefert werden sollten. Er sprach vom Euphrat, von Syrien, Palästina und vom Libanon und deutete damit die Annexionspläne der Westmächte in der Türkei an, für die die russischen Soldaten weiter ihre Knochen opfern sollen. Er fragte ferner mit tränenreicher Stimme, ob die deutschen Kolonien nach dem Kriege mit Gewalt der deutschen Barbarei unterlan gemacht werden dürften, und er verlas sofort eifrig eine ganze Reihe von Dokumenten, aus denen diese Barbarei der deutschen Kolonialverwaltung unwiderleglich hervorgehen sollte. Dann aber verließ er den sicheren Boden der Kriegskarte und fragte das Haus mit tiefer Entrüstung, ob etwa Elsaß-Lothringen weiter in der Knechtschaft schmachten dürfe und ob nicht ein freies, geeinites Polen hergestellt werden müsse?

Der Wortführer des anderen Teiles des Hauses, Asquith, führt in seiner zustimmenden Rede schwereres Geschütz auf. Er trug eine doktrinäre Kasuistik der erlaubten und der nicht erlaubten Annexionen vor, um dadurch zu beweisen, daß die einfache Frage Snowdens seine einfache Antwort erhalten könne. Nach Asquith gibt es nämlich vier Arten von Annexionen. Man kann Land annektieren, um es zu „befreien". Man kann es annektieren, um bisher getrennte Völker zu vereinen, selbst wenn die bisher abgesprengten Volksteile unter seiner Mißregierung zu leiden hätten. Man kann drittens Land annektieren, um zu Zwecken des Schutzes und der Selbstverteidigung strategische Punkte in die Hand zu bekommen. All dies ist sittlich zulässig und fällt nicht unter den von Snowden und der russischen Regierung geneinten Begriff der Annexion. Es ist auch früherer Brauch und jetziger Wunsch der englischen Regierung, sich auf diese stets zulässigen und oft verdienstlichen Formen der Annexionen zu beschränken. Aber man darf nach Asquiths Darlegung nicht die vierte Art von Annexion vornehmen, die lediglich den Zwecken der politischen Vergrößerung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung dient. Diese Annexionsart ist es, gegen die sich die Proviſorische Regierung Rußlands und der Abgeordnete Snowden in Wirklichkeit wenden, ohne daß sie in der Unklarheit ihres Gemütes sich der wahren Bedeutung ihrer Worte bewußt wären. Diese Art von Annexionen aber ist auch niemals Brauch der britischen Regierung gewesen und sie ist ihr in dem gegenwärtigen Kriege ebenso fremd, wie sie in der ganzen Geschichte gewesen ist. Dagegen hat sich die ganze deutsche Politik von jeher auf diese Art von Annexionen gerichtet. Für sie kämpft Deutschland auch im jetzigen Kriege. Und deshalb — so konnte Asquith mit sittlicher Befriedigung schließen — kämpft England den gerechten Kampf gegen das böse Prinzip in der Welt, gegen Deutschland.

Die Darlegungen Asquiths über Berechtigung und Unzulässigkeit sind, soweit sie sich nicht vom rein theoretischen Gebiet entfernen, im großen und ganzen so selbstverständlich und so einleuchtend, daß sie schon aus diesem Grunde verdächtig sind. Sie sind nämlich so selbstverständlich, daß kein einziges Land der Welt in modernen Zeiten die in ihnen liegende politische Moral abgelehnt und eingestandenermaßen eine Annexion der vierten, von Asquith gebrandmarkten Kategorie, „zu Zwecken der politischen Vergrößerung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machterweiterung" zu unternehmen gewagt hätte. Alle Länder haben bei den von ihnen vorgenommenen Annexionen einen der Gesichtspunkte angeführt, die Asquith bei den ersten drei Formen der Annexion als rechtlich und sittlich zulässig zugestanden hatte. Das hat vor allem England getan, als es das Land der Buren mit Waffengewalt unter seine Kronmäßigkeit zwang und als es immitten des Weltkrieges, „früheren" wiederholten Versprechungen zum Trotz, Aegypten sich aneignete. Vielleicht kann man während der letzten drei Jahrhunderte nur einen Ausnahmefall in dieser Hinsicht feststellen. Elsaß-Lothringen wurde dem damaligen Deutschen Reiche von den Franzosen im 17. Jahrhundert geraubt, nicht weil es dieses Land zu befreien galt oder weil seine Deutsch sprechenden Einwohner mit den Franzosen vereinigt werden mußten, oder aber weil Frankreich zum Zwecke der Verteidigung gegen das damals hilflose und wehrlose Deutschland diese „strategische Position" brauchte, sondern lediglich weil Frankreich Gut und Eigentum seines Nachbarn begehrte und weil es wußte, daß dieser Nachbar sich nicht verteidigen konnte.

Wohl ist es zulässig und wohl auch verdienstlich, ein unterjochtes Land zu befreien. Aber vorher muß nachgewiesen werden, daß dieses Land wirklich unterjocht ist und daß der „Befreier" es wirklich befreien will. Lord Robert Cecil hat in der hier besprochenen Sitzung des Unterhauses von der angeblichen Grausamkeit der deutschen Kolonialbehörden gesprochen. Obwohl seine Behauptungen unwahr sind, mag seine Gutgläubigkeit außer Zweifel gelassen werden. Aber warum sprach er nicht auch von den sittlichen Eigenschaften, die die belgische Kolonialverwaltung im Kongo auszeichnen? Er hat von der Knechtschaft in Elsaß-Lothringen gesprochen. Auch hier mag, obwohl das schwer fällt, seine Gutgläubigkeit nicht in Frage gezogen werden. Aber warum fand er auf einen

Zwischenruf „Irland" nur eine ausweichende und darum noch obendrein ungeschickte Erwiderung?

Die Antwort auf diese Fragen ist sehr einfach. Die sittliche Schwäche der Asquithschen Darlegung wie überhaupt des ganzen englischen politischen Denkens beruht darauf, daß England nicht nur verlangt, in derselben Angelegenheit zu gleicher Zeit Kläger und Richter zu sein, sondern daß es diesen Anspruch immer nur dann stellt, wenn die Entscheidung auf eine Bereicherung Englands hinauslaufen muß. England stellt den wohl sehr ansechtbaren Rechtsgrundsatz auf, daß es die deutschen Kolonien im Namen der irdischen Gerechtigkeit annektieren dürfe, wenn diese Gebiete nach seiner Ansicht von den Deutschen grausam verwaltet, von den Engländern aber besser regiert werden. Und es sei dieser heuchlerischen Argumentation die Krone auf, indem es im Namen des Rechts und der Sittlichkeit sich selbst die Berechtigung zur Entscheidung über die sittliche Qualifikation der beiden kolonisierenden Länder zuschreibt. Stärker kann sich wohl niemand mit den in der ganzen Welt anerkannten Anschauungen von Recht, Gerechtigkeit und Sittlichkeit in Widerspruch setzen.

Sieht man aber von diesen Unterstellungen in der Rede Asquiths ab, so liegt kein Grund vor, gegen die in ihr vorgetragenen Grundsätze Einspruch zu erheben. Sie decken sich vielmehr durchaus mit den Grundsätzen, die von deutscher verantwortlicher Seite wie früher so auch in diesem Kriege stets aufgestellt worden sind. Deutschland will tatsächlich in dem Kriege keine Gebietserweiterungen zum Zwecke der Vergrößerung sowie der politischen und wirtschaftlichen Machtentwicklung. Es will lediglich sein eigenes Gebiet gegen die fremden Eroberungspläne verteidigen, und es will darüber hinaus diejenigen Garantien erlangen, die den Zwecken seiner künftigen Verteidigung und des Selbstschutzes dienen. Es befindet sich deshalb um so mehr in Uebereinstimmung mit den politisch-sittlichen Leitsätzen Asquiths, als es auch in der Behandlung der ihm benachbarten Fremdvölker, wie in dem Falle Polens, sich nicht von dem Wege entfernt hat, den Asquith in seinem Kollegen über die Moral der Annexionspolitik vorgezeichnet hat.

Die Teuerung in England.

Amsterdam, 26. Mai. Hiesige Angehörige der Frau eines englischen Admirals, die von Geburt Holländerin ist, haben schriftliche Mitteilungen erhalten, daß die Teuerung in England in entsetzlicher Weise zunehme, und daß man schon viele durchaus notwendige Lebensmittel nicht mehr erhalten könne. Die Stimmung in England, schreibt die Gattin des Admirals, sei sehr gedrückt, da man sich über die großen Erfolge der U-Boote keinen falschen Illusionen hingebe. Die Friedensstimmung in gebildeten, namentlich kaufmännischen Kreisen, nehme stark zu.

Der französische Sozialistenkongreß.

Bern, 30. Mai. Die Einigung auf den Antrag Pressemane-Auriaut auf dem französischen Sozialistenkongreß scheint besonders auf seiten der Mehrheit recht schwierig gewesen zu sein. Die Führer der Mehrheit, unter anderem Varenne, Renaudel, Bracke und Cachin mußten in der Sitzung, in der die Mehrheitsvertreter die Stellungnahme zu dem Vermittlungsantrag erörterten, in langen Ausführungen auf die Vertreter für die Annahme des Antrags einwirken. Die Mehrheitssitzung dauerte fünfviertel Stunden, die der Minderheit eine halbe Stunde.

Die Vertreter der Mehrheit Compère Morel und Hubert Rouger, die im Augenblick der Abstimmung abwesend waren, erklärten sich in einer Zuschrift an die Presse gegen die Annahme des Antrags. Sie dengen sich jetzt dem gefaßten Entschluß, sagen aber, daß sie als Franzosen und Sozialisten jede Verantwortlichkeit und Gemeinschaft mit den Unterzeichnern des Antrags ablehnen müßten.

Die Pressesausführungen über den Nationalkongreß lassen bei den Blättern der Rechten lebhafte Verstimmung gegen den deutschen Beschluß der Sozialisten erkennen.

„Ropenhagen, 30. Mai. „Socialdemokraten" gibt seiner Freude Ausdruck über den Entschluß der französischen Sozialisten und schreibt schließlich:

„Nach dem einstimmigen Beschluß der französischen Sozialdemokratie wird es Amerika schwer fallen, die Paßverweigerung aufrechterhalten. Der Stockholmer Ausschuß sandte noch gestern an Wilson ein Telegramm, in dem die Hoffnung auf Zurückziehung der Paßverweigerung ausgedrückt wurde."

Eine Erfindung des „Matin".

Berlin, 30. Mai. Der „Matin" vom 6. Mai weiß von einem Strafverfahren zu berichten, das gegen einen gewissen G. Rabbat in Genf vor dem Gericht in Paris anhängig sei, weil er von den Deutschen in den besetzten Gebieten geschlossene russische Wertpapiere in Frankreich habe verkaufen wollen.

Die Wertpapiere seien ihm unter anderem auch von der Deutschen Bank in Berlin zugegangen.

Die über diese höchst merkwürdige Geschichte eingezogenen Erkundigungen haben folgendes ergeben:

Die Deutsche Bank hat, wie dies ihr gutes Recht war, im August und September 1916 dem Bankier G. Rabbat in Genf, der sich deshalb an sie gewandt hatte, eine Anzahl Kupons russischer Werte verkauft. Vor Abschluß des Geschäfts hat sich die Deutsche Bank in Genf bei einer Großbank nach Rabbat erkundigt. Auf die vom 23. Mai 1916 und vom 8. Juni 1916 datierten Auskünfte hin trug sie kein Bedenken, die gewünschten Kupons gegen Barzahlung an Rabbat zu verkaufen. Die Kupons sind der Deutschen Bank, wie festgestellt wurde, aus dem Kreise ihrer ständigen Kundschaft zugegangen, also nicht etwa von einem Unbekannten gekauft worden. Darüber, ob die Kupons von Vorbesitzern auf unrechtmäßige Weise erworben waren, ist der Deutschen Bank nichts bekannt geworden; ein Verdacht nach dieser Richtung hat bei ihr niemals bestanden. Auch heute hält sie die diesbezügliche Angabe des „Matin" für erfunden. Sämtliche Kupons waren u. a. auch in Amsterdam zahlbar.

Oesterreich-Ungarn.

Der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Wien, 30. Mai. In der heutigen Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Wahl des Präsidenten vorgenommen. Zum Präsidenten wurde gewählt Dr. Gustav Groß, der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Nationalverbandes, mit 215 Stimmen. 195 Stimmzettel waren leer.

Wien, 30. Mai. Präsident Groß, mit lebhaftem Beifall begrüßt, dankt für die ihm erwiesene höchste parlamentarische Ehre. Er verspricht, Redefreiheit und Unparteilichkeit zu wahren, Kraft und Mut dafür einzusetzen, dem Hause wieder zu seinem Rechte zu verhelfen. Wenn er auch als Präsident des Hauses keine einseitige Politik machen dürfe, so werde er nach wie vor ein treuer Sohn seines heißgeliebten Volkes sein und bleiben. Der Präsident erinnert an die gewaltigen Hoffnungen, die die Bevölkerung in das Haus setzt und betont die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht das Haus die Schuld daran trage, wenn nicht alle Hoffnungen der Bevölkerung erfüllt werden können.

„Momentan müssen wir", führt der Präsident fort, „dafür sorgen, daß sich die Erwartungen nicht erfüllen, die viele unserer Feinde auf die Tagung des Hauses setzen. Unsere Feinde haben bei dem Ueberfall auf die Mittelmächte sich gewaltig verrechnet. Die alte Habsburger Monarchie hat ihre Lebens- und Widerstandskraft in kaum geahnter Weise bewiesen und die Schläge, die die Feinde gegen uns geführt haben, haben dazu gedient, uns zu festigen und zusammenzuschweißen. (Gebrauster Beifall und Händeklatschen.) Unsere Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß diese Festigung sich auch weiter entwickelt. Trotz aller Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten werden wir dieses Ziel erreichen, denn alle Völker der Monarchie sind erfüllt von unbeschränkter, rückhaltloser Bewunderung und Dankbarkeit für unsere heldenmütigen Truppen, denen wir die beispiellosen Erfolge unserer Waffen und die Sicherung des heimischen Herdes vor feindlichen Einbrüchen verdanken. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Wir sind einig in dem unerschütterlichen Willen, in dem uns aufgezwungenen Kampfe durchzuhalten bis zu dem so heiß ersehnten ehrenvollen Frieden, der uns Unabhängigkeit und Sicherheit für die Zukunft verbürgen soll, wobei uns gewiß nichts ferner liegt, als die Unterdrückung anderer Völker. (Lebhafte Zustimmung.) Wer allen sind wir einig in der bedingungslosen Hingabe an das angestammte Herrscherhaus, in der Liebe und Verehrung zu unserem jungen Kaiser. (Stürmischer, lang anhaltender, wiederholt erneuerter Beifall und Bejubelung.) Unsere Aufgabe wird es sein, diesem leuchtenden Beispiele in Pflichttreue nachzueifern und dafür zu sorgen, daß seine Absichten sich verwirklichen und die reichen Kräfte unseres Vaterlandes zu neuem Leben erweckt werden." (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident schloß mit einem dreimaligen Hoch auf das Vaterland Oesterreich und Kaiser Karl, in das das Haus begeistert einstimmte. Hierauf wurden zu Vizepräsidenten gewählt: Der Pole Hermann, der Christlich-Soziale Jukel, der Sozialdemokrat Wernersdorfer, der Slowene Pogarnik, der Ruthene Romanczuk, der Rumäne Simionovici und der Tschecke Udrzal.

Die Regelung der Preisbildung.

Wien, 30. Mai. Den Blättern zufolge ist gestern die zur Ueberwachung der Preisbildung und Inangriffnahme des Abbaues der Preise für die tägliche Bedarfsgegenstände gebildete Zentralpreisprüfungskommission zusammengetreten. Minister Höfer leitete die Verhandlungen mit programmatischen Ausführungen ein, in denen er u. a. folgendes sagte.

„Die unabweislich gewordene Verschärfung der strafrechtlichen Ahndung von Preistreibereien, Kettenhandel und sonstigen Kriegswucher erforderte die Errichtung von Stellen, die auf Grund ihrer Fachkenntnis sagen können, was auf dem Gebiet der Preisfestsetzung recht ist. Wieweit man damit bereits Fühlung mit den interessierten Konsumenten gefährdet. Der Aufsicht der Kommission unterstellt die Arbeit der Preisprüfungsstellen. Die Kommission wird die Gutachten und Aeußerungen dieser Stellen zu veröffentlichen haben. Es muß das Bewußtsein geschaffen werden, daß alle Mühe daran gesetzt wird, den einzelnen Verbraucher vor Ausbeutung zu bewahren. Aber auch die Einsicht muß sich durchringen, unter welchen Mühen es heute eben noch möglich ist, der Bevölkerung das zu bieten, was ihr gegeben werden kann. Wer in seiner Fachkenntnis nicht sicher ist, dem werden die Gutachten und Aeußerungen der Zentralpreisprüfungskommission mit Rat und Tat zur Hand sein, und hier erwächst ihre größte Aufgabe: Die Regelung der Preisbildung."

Großbritannien.

Beschlagnahme der Käseeinfuhr.

London, 29. Mai. (Reutermeldung.) Der Lebensmittelkontrolleur hat die gesamte Käseeinfuhr aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland in Beschlag genommen.

Frankreich.

Die Pariser Streikbewegung.

Bern, 30. Mai. Ueber die Pariser Streikbewegung äußern sich „Figaro", „Gaulois" und „Action française" unter dem 28. Mai sehr besorgt. Es sei zu befürchten, so wird ausgeführt, daß der Streik, der allgemein zu werden scheine, in eine friedensfreundliche Bewegung ausarte. Energisches Vorgehen der Regierung wäre dringend erforderlich.

Das Reich.

Entscheidung bei Arbeitsverweigerung Angehöriger feindlicher Staaten.

Berlin, 30. Mai. Infolge mehrfach vorgekommener Mißverständnisse teilt das Oberkommando mit, daß im Falle der Arbeitsverweigerung nicht militärischer Angehöriger feindlicher Staaten außerhalb des Landespolizeibezirks Berlin nach wie vor den Verwaltungsbehörden die Entscheidung darüber zustehe, ob die Weigerung hinreichend begründet ist, und zwar im Stadtkreis der Ortspolizeibehörde, in Landkreisen dem Landrat.

Lediglich für das Gebiet des Landespolizeibezirks Berlin ist diese Entscheidung durch Verfügung vom 22. Februar 1917 der Königlichen Kommandantur Berlin übertragen worden.

In der Reichshauptstadt.

Gesellschaftsabend zum Besten der U-Bootspende.

Frau Prinzessin August Wilhelm hat zu dem am Donnerstag abend 7½ Uhr in den Festräumen des Reichstages zur Erinnerung an die Seeschlacht am Skagerrak stattfindenden Gesellschaftsabend, der zum Besten der U-Bootspende stattfindet, ihr Erscheinen zugesagt. Die Veranstaltung wird ein außerordentlich glänzendes festliches Bild bieten, da außer zahlreichen Mitgliedern der Hofgesellschaft die Minister und Staatssekretäre, die Generalität und die leitenden Persönlichkeiten des Reichsmarineamts und der Admiralität teilnehmen werden. Besonderes Interesse für die Veranstaltung zeigt sich in den Kreisen der Marine, die, wie bereits gemeldet, durch verschiedene der aus unseren ruhmreichen Kämpfen zur See bekannten Kommandanten von U-Booten und Kriegsschiffen vertreten sein wird. An Stelle der durch Erkrankung verhinderten Frau Barbara Kemp hat Fräulein Lola Artôt de Padilla ihre Mitwirkung in liebenswürdigster Bereitwilligkeit zugesagt. Eröffnung des Hauses um 7 Uhr, Beginn des Konzertes pünktlich 7½ Uhr. Eintrittskarten zu 20, 10 und 5 ℳ sind noch in beschränkter Zahl im Bureau des Reichstages sowie an der Theaterkasse des Hauses Wertheim zu haben.

Verkaufsstellen des Kriegsbekleidungsamtes des Gardekorps.

Beim Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps bestehen für Abgabe von Bekleidungsstücken gegen Bezahlung an Offiziere und Beamte folgende Verkaufsstellen: a. für fertige Bekleidungsstücke im Lager B, Sedanstraße 10 und b. für Tuche im Amte selbst, Lehrterstr. 57. k.

Fernsprechanschlüsse der Kommandantur.

Die Kommandantur Berlin hat jetzt folgende Fernsprechanschlüsse: Amt Zentrum Nr. 208—11, 401, 402, 408—10, 1316 und 1317.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der K. und K. Feldmarschalleutnant von Loebel und der K. und K. Generalmajor Baron Bilek, sind auf Einladung des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, in Berlin eingetroffen und haben im Hotel Adlon Wohnung genommen.

Aus Berlin.

Mittwoch, 30. Mai.

w. **Stadtverordnetenwahl.** Im 4. Gemeindewahlbezirk, II. Abteilung, wurde heute ohne Gegenkandidaten der Fabrikant Karl Rudolf Bergmann zum Stadtverordneten gewählt.

* Auf den Linien der **städtischen Straßenbahnen** sind am Sonnabend 110 000, am Pfingstsonntag 102 000, am Pfingstmontag 106 000 und am Dienstag, den 29. Mai, 102 000 Personen befördert worden.

* **Verbandstag der Schutzmannschaft.** Im Laufe der vergangenen Woche traten die 21 Kameradenvereine, die im Verband Königlicher Schutzleute des Landespolizeibezirks Berlin vereinigt sind, zu ihrem zweiten Verbandstage zusammen. Der Verband hat bereits gute Ergebnisse durch seine wirtschaftlichen Einrichtungen erzielt. 138 500 ℳ konnten s. Z. im Laufe eines Jahres an Hinterbliebene von Mitgliedern gezahlt werden. Das Verbandsvermögen ist auf 39 000 ℳ angewachsen. An der letzten Kriegsanleihe beteiligte sich die Schutzmannschaft mit über 128 000 ℳ. Auch in dienstlicher Beziehung hat der junge Verband schon manche Erleichterung verschaffen können. Der Minister des Innern hat dem Verband auf ein Begrüßungstelegramm Worte des Dankes zugehen lassen, ebenso der Polizeipräsident.

* Für eine **Steigerung der Mieten** hat sich jetzt die Mehrzahl der Groß-Berliner Haus- und Grundbesitzervereine ausgesprochen. Die in Aussicht genommene Mieterhöhung ist durchschnittlich auf 10 v. H. der bisherigen Sätze festgesetzt worden. Bei den Häusern mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung stellt sich die Steigerung zum Teil noch höher. Bei Abschluß neuer Mietverträge ist die Erhöhung in den meisten Fällen bereits berücksichtigt worden, während bei der Verlängerung bestehender Verträge der Zeitpunkt der geplanten Steigerung vielfach den freien Vereinbarungen zwischen Vermieter und Mieter vorbehalten bleibt.

* **Zuzuhalt von Frauen in Charlottenburger städtische Deputationen.** Der Charlottenburger Magistrat hat die Stadtverordneten ersucht, der Zuwahl von Frauen in städtische Deputationen zuzustimmen, und zwar sollen in folgende Deputationen Frauen mit beratender Stimme gewählt werden: In die Deputation für Gesundheitspflege eine Frau, für Arbeitsnachweis drei Frauen, zur Beratung über Wohnungen zur Hebung der Volksschulen, für das höhere Mädchenschulwesen, für das städtische Vorbildungsschulwesen, für die Verwaltung der Krankenhäuser, zur Verwaltung der Wohlfahrtsschule und in das Kuratorium der Puls-Stiftung je eine Frau, endlich in die Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung zwei Frauen. Bemerkt sei, daß, abgesehen von den bereits bestehenden Gesetzen gebildeten Deputationen für das Volksschulwesen und die Armenpflege bereits eine Deputation für die Wohnungspflege und derjenigen für die Waisenpflege je drei Frauen angehören.

18. Ziehung der 5. Klasse der 9. Preußisch-Süddeutschen (235. Kgl. Preuß.) Klassen-Lotterie.

Nachdruck verboten.

Nur die Gewinne über 240 Mk. sind der Reihenfolge nach geordnet, sonst sind sie innerhalb der Gewinnklasse ohne Gewähr. Ohne Gewähr.

(Nur die 4 gezogenen Nummern sind jetzt gleich hohe Gewinne gewinnen, und zwar je einer auf die letzte gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

30. Mai 1917, nachmittags. Nachdruck verboten.

[illegible]

Sport.

* Rennen zu Karlshorst, 29. Mai. Rathenower Jagdrennen. 8000 ℳ. 3800 m. G. Woltmanns „Moldau" (Kukulies) 1. „Magdalena" (Fritsche) 2. „Eisenkopf" (G. Winkler) 3. — 7:2. Das Flachrennen wurde, da die vorgeschriebene Zeit nicht innegehalten, aufgehoben, die Totalisatorentsätze zurückgezahlt. — Preis von Johannisthal. 6000 ℳ. 3800 m. G. Löwenhals „Briefträger" (R. Fritsche) 1. Fortuna" (Johnson) 2. „Caratvatz" (Lewick) 3. Tot.: 31 : 10, Platz 18, 19 : 10. 3—2—1½. — Dahlia-Hürdenrennen. 10 000 ℳ. 3000 m. Graf Behnis-Hues „Einwandfrei" (G. Winkler) 1. „Sonate" (Dyhr) 2. „Orlov" (Kukulies) 3. Tot.: 52 : 10, Platz 26, 20 : 10. 1—2—4 L. — Preis von Zitenhof. 10 000 ℳ. 3400 m. Reihns „Auxur" (Fritsche) 1. „Australia" (Rehmann) 2. Tot.: 15 : 10, Platz 11, 12 : 10. 2 L. — Germania. 40 000 ℳ. 5000 m. Hubertsbads „Tiptop" (Gädicke) 1. „Sawvard" (Dyhr) 2. „Giernhr" (Reik) 3. Tot.: 77 : 10, Platz 22, 26, 15 : 10. 2—3—8 L. — Spreewaldjagdrennen. 5000 ℳ. 3400 m. Kinkels „Luxmalin" (Kukulies) 1. „Mag et" (Gerhardt) 2. „Drinolo" (Weber) 3. Tot.: 50 : 10, Platz 21, 14, 25 : 10. 5—3 L. — Karlshorster Ausgleich. 8000 ℳ. 1600 m. Fritsches „Fürst Propoff" (Dlejnik) 1. „Giernovij" (Kasper) 2. „Guntram" (Jenjsch) 3. Tot.: 58 : 10, Platz 21, 18, 28 : 10. 1—½—2 L.

* Jockei Lewicki kam mit „Liebling" im Sprewaldjagdrennen gestern zu Karlshorst zu Fall und brach bei seinem Sturz das linke Schlüsselbein.

* Das Probeboxfest des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen am nächsten Sonntag im Deutschen Stadion wird in einer machtvollen Kundgebung für die Sache der Leibesübungen gestaltet werden. In den einzelnen Sportsvereinen wird neben den besten Jugendlichen auch eine ganze Reihe aus dem Felde berühmter hervorragender Sportsleute teilnehmen. Der Hauptpunkt des Programms wird aber eine Vorführung der Frauen- und Jöglingsabteilung vom Groß Berlin und Brandenburgischen Turnverband sein, an der ausnahmsl. 1200 Personen beteiligt sind. Der Vorverkauf zum Fest ist bereits eröffnet. Karten sind zum Preise von 3 ℳ (Sogenplatz), ganze Loge (4 Plätze) 10 ℳ, 2 ℳ (numerierter Stehplatz und Schulmannstribüne), 1 ℳ (Stehplatz), 0,50 ℳ (Stehplatz) an der Theaterkasse von A. Wertheim erhältlich.

Vermischtes.

* **Leipzig.** Die Berlinerin, 1 im Gebäude wohnende Hausbesitzerin, Frl. Weber wurde gestern morgen in ihrer Wohnung in Kleidern liegend ermordet aufgefunden. Von dem Täter, der außer Bargeld mehrere Sparkassenbücher und 500 ℳ Kriegsanleihe gestohlen hat, fehlt jede Spur. Die Kriminalpolizei hat auf Ergreifung des Täters eine Belohnung von 200 ℳ ausgesetzt.

Letzte Meldungen.

Wien, 30. Mai. (Wiener K. u. Telegr.-Koresp.-Bureaus.) Der ehemalige ungarische Ministerpräsident Dr. Alexander v. Wekerle ist heute vormittag vom Kaiser in Audienz empfangen worden. Für heute ist kein weiterer Empfang ungarischer Politiker anberaumt.

Konstantinopel, 30. Mai. Der gewesene amerikanische Botschafter Elkus, dessen Abreise sich nach Abbruch der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten infolge der Erkrankung seiner Gemahlin verzögert hatte, ist heute mit seiner Gemahlin und dem Personal der Botschaft abgereist.

Amsterdam, 29. Mai. Die Verlustlisten in der „Times" vom 21. und 22. Mai enthalten die Namen von 561 Offizieren (135 gefallen), außerdem veröffentlichen die „Times" Verlustlisten von Mannschaften, die nicht gezählt sind, und eine Verlustliste der Admiralität mit den Namen von 170 Geretteten. Ferner berichtet die „Times" von zwei Verlustlisten der Armeeleitung mit insgesamt 11 270 Namen.

Amsterdam, 29. Mai. Nach einem hiesigen Blatte meldet der Pekinger Korrespondent der „Times", daß der neue chinesische Ministerpräsident Li Tsching Schi sehr gute Beziehungen zu den militärischen Führern des Nordens habe, was von großer Bedeutung sei, da die Nordarmee immer den wichtigsten Faktor in der chinesischen Politik bilde. Die Jungchinesen würden dieser Tatsache Rechnung tragen müssen.

Verantwortlicher Redakteur: O. Runge. Für Inserate, Reklame und Geschäftliche Mitteilungen verantwortlich: G. Funder. Beide in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.